

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul  
MdB wirft Verteidigungsmini-  
ster Scholz vor, das Parlament  
nicht zu respektieren: In Er-  
benheim darf kein Hubschrauber  
stationiert werden!

Seite 1

Hans Urbaniak MdB verurteilt  
den Bonner Umgang mit der  
Massenarbeitslosigkeit: Inhu-  
man.

Seite 2

Dr. Dietrich Sperling MdB  
kommentiert die Regierungs-  
debatte über die Förderung  
regenerativer Energien: For-  
mulierungshilfe.

Seite 3

Georg Bamberg MdB weist auf  
die Eintracht von Autolobby  
und Koalition hin: Der Um-  
weltschutz spielt keine Rolle  
mehr.

Seite 4

### Dokumentation:

Der Vorsitzende der Konfe-  
renz der Justizminister und  
-senatoren des Bundes und der  
Länder, Volker Kröning, hat  
das 30jährige Bestehen der  
Zentralen Stelle zur Aufklä-  
rung nationalsozialistischer  
Gewaltverbrechen gewürdigt.  
Wortlaut

Seite 5

43. Jahrgang / 172

8. September 1988

Scholz muß das Parlament respektieren!

In Erbenheim darf kein einziger Hubschrauber stationiert werden

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums  
Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Verteidigungsminister Scholz hat sich in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages eindeutig als Betonkopf und als absolut inkompetent erwiesen. Auf die Vorwürfe des SPD-Haushaltssprechers Klaus-Dieter Kühbacher, er handele bei der geplanten Stationierung von 36 Kampfhubschraubern in Wiesbaden-Erbenheim rechtswidrig, breche das Luftverkehrsgesetz und trage dazu bei, Sicherheitsbedenken, die von der Bundesanstalt für Flugsicherung erhoben worden sind, zu unterdrücken, hatte Scholz kein einziges Wort, kein einziges Argument parat.

Seine eigenen Parteifreunde sahen betreten dem Auftritt zu. Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Text des Beschlusses der hessischen Landesregierung, der die Ablehnung der geplanten Stationierung beinhaltet, als Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Er steht auf der Tagesordnung des Bundestages in der nächsten Sitzungswoche, dem frühest möglichen Termin.

Ich fordere Verteidigungsminister Scholz auf, endlich die „schleichende“ Stationierung in Erbenheim zu beenden - mittlerweile stehen bereits zwei Apache-Hubschrauber in Erbenheim - und endlich den Versuch abubrechen, im Laufe des September, die Stationierung des zweiten Hubschrauberbataillons in Wiesbaden durchzupauen.

Scholz muß die Beratungen des Deutschen Bundestages respek-  
tieren und alles verhindern, was sie präjudiziert. Das bedeutet:  
in Wiesbaden-Erbenheim darf kein einziger Hubschrauber stationiert werden!  
(-/8.9.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed/Offset Litografiert  
mit wertvollem Rohmaterial  
Recycling-Papier



Inhuman

Zum Bonner Umgang mit der Massenerbeitslosigkeit

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Auch wenn die Arbeitslosenzahlen nach neuesten Berichten aus Nürnberg leicht zurückgegangen sind, ist das kein Zeichen dafür, daß die Politik der Bundesregierung dazu beitragen würde, das drängende Problem der Arbeitslosigkeit - es sind immer noch über zwei Millionen Menschen davon betroffen - in den Griff zu bekommen. Die Warnung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Franke, im Juli dieses Jahres, die Arbeitslosigkeit werde noch zunehmen, sollte dabei nicht vergessen werden. Auch die von ihm vorgetragene Kritik, daß durch Kürzungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung Fortbildung und Umschulungsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden könnten, ist voll gerechtfertigt und sollte nicht überhört werden.

Die Bundesanstalt, die schon durch die achte Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes in finanzielle Turbulenzen geraten ist, wird durch die jetzt beschlossenen erneuten Kürzungen des Blüm-Ministeriums von 1,26 Milliarden DM kaum mehr in der Lage sein, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Bei dem heutigen Stand der Technik und der zunehmenden Spezialisierung in der Wirtschaft ist es unverantwortlich, Fortbildungsmaßnahmen oder Umschulungen, wenn überhaupt noch, dann nur auf niedrigstem Niveau, durchzuführen.

Damit wird noch mehr Menschen als bisher die Chance genommen, Anschluß an das Arbeitsleben zu finden. Mit diesen von Minister Blüm geplanten Sparmaßnahmen für die Bundesanstalt wird nicht nur wie bisher die Arbeitslosigkeit für eine horrende Summe verwaltet, sondern es werden noch zusätzliche Arbeitslose geschaffen. Die Unbelehrbarkeit, mit der diese Bundesregierung an ihrem Konzept festhält und die Starrköpfigkeit, mit der sie sich weigert, Arbeits- und Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose zu beschließen, ist unverantwortlich.

Die Absicht, die Höchstdauer des Bezuges von Arbeitslosengeld von heute einem Jahr nicht mehr zu verlängern, wenn der Arbeitnehmer während der Arbeitslosigkeit erkrankt, beweist einmal mehr das inhumane Denken und Handeln dieser Bundesregierung. Die Kosten dieser sogenannten Sparmaßnahme müssen dann wiederum von den Kommunen übernommen werden, die ihrerseits durch andere Reformgesetze dieser Bundesregierung finanziell nichts mehr zuzusetzen haben.

Die Sparmaßnahmen von Minister Blüm beweisen einmal mehr, daß diese Bundesregierung keine Probleme löst, sondern nur die Zuständigkeiten verschiebt.

(-/8.9.1988/vo-he/rs)

Formulierungshilfe

Zur Regierungsdebatte über die Förderung regenerativer Energien

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In den Koalitionsfraktionen und in der Bundesregierung wird seit Monaten eine erbitterte Debatte um die Förderung regenerativer Energien geführt.

Es ist ein Kampf zweier Linien, eine Auseinandersetzung zwischen einer „Atomfraktion“, die weder vom Energiesparen noch von seiner Förderung etwas hält, ausschließlich auf die Steuerung über Preise setzt und auch die Umweltprobleme des Energieverbrauches beiseite schiebt (so zum Beispiel der Parlamentarische Staatssekretär Voss des Finanzministeriums im Plenum des Bundestages am 3. März 1988 zur Klimakatastrophe und den Aussagen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft: „Die Ausarbeitungen und Überlegungen, die Sie genannt haben, sind der Bundesregierung natürlich bekannt. Inwieweit sie auf einer realistischen Grundlage beruhen, ist eine andere Frage“) und einer Gruppe, die den Regierungskurs des Abbaus von Energiesparförderung, vom Wegfall der Steuererleichterungen für Maßnahmen an Häusern über die Streichung des Investitionszulagengesetzes, bis zur Vernachlässigung der regenerativen Energiequellen für schädlich hält.

Das Kabinett hat eine Entscheidung über die Beantwortung einer entsprechenden Großen Anfrage vertagen und erst mühsam einen Kompromiß ausfindig machen müssen.

Dabei wäre es doch ganz einfach gewesen. Verwendbare Texte liegen vor.

So auch folgender, von Dr. Kohl und Dr. Zimmermann und der Fraktion der CDU/CSU unterzeichneter Antrag, in dem gefordert wird:

- „Markteinführung energiesparender Verfahren und Produkte,
- Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, die energiesparende Technologien entwickeln und produzieren“

und „Die Mittel zur Forschung im Dienste einer rationelleren und sparsameren Energieverwendung und zur Nutzung neuer Energieträger müssen erhöht werden“ und: „Eine zeitlich befristete, staatliche Förderung der Markteinführung neuer Energietechnologien ist notwendig und auch vertretbar, da die heutigen Energiepreise nicht hinreichend die langfristige Energie-Knappheit wiedergeben“.

Das ist alles richtig. Aber, es stammt aus dem „energiepolitischen Programm“ der CDU-Fraktion (Drucksache 8/1394), das erstellt wurde als sie noch Opposition war.

Und das sind wir ja gewohnt: Was die CDU in der Opposition gefordert hat, gilt heute nicht mehr. Nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern. (-/8.9.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

### Autolobby und Koalition in trauter Eintracht

Der Umweltschutz spielt keine Rolle mehr

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Während der Verband der Automobilindustrie (VDA) in ganzseitigen Annoncen „Freie Fahrt für Otto Mobil“ fordert, starten CDU/CSU und FDP parlamentarische Initiativen zugunsten der Autoindustrie. „Deutlich angehoben“ werden sollen die Investitionsmittel für den Straßenbau, fordert der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Straußmeier, im Pressedienst seiner Fraktion. Nur auf diese Weise sei es möglich, einem drohenden Verkehrsinfarkt vorzubeugen und die Wachstumskräfte der einheimischen Volkswirtschaft zu stärken, wiederholt er unkritisch die Argumente des VDA. Als sei das Chaos auf unseren Straßen nicht durch die Begünstigung einheimischer und ausländischer LKW sowie die ungehemmte Raserei auf den Autobahnen hausgemacht, wird das Heil in noch mehr Beton gesucht. Die 6,2 Milliarden DM für Autobahnen und Bundesstraßen sowie die 1,3 Milliarden DM für kommunale Straßen, die der Bund jährlich ausgibt, sind offensichtlich noch nicht genug.

Bei so viel Entgegenkommen gegenüber der Autolobby mag auch die FDP nicht abseits stehen. Ihr ist die hohe deutsche LKW-Steuer ein Dorn im Auge. Statt - wie von der Bundesregierung offiziell angestrebt - endlich auch die ausländischen LKW über eine Schwerverkehrsabgabe zu den von ihnen verursachten Straßenkosten heranzuziehen, will sie die deutschen Abgaben auf das niedrige ausländische Niveau herunterschleusen. Der FDP-Arbeitskreis für Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik mit Graf Lambsdorff an der Spitze strebt statt der Schwerverkehrsabgabe eine Halbierung der deutschen Kraftfahrzeugsteuer für Lastkraftwagen über zwölf Tonnen an. Ins gleiche Horn tutet inzwischen auch Rainer Haungs, CDU-Mitglied im Verkehrsausschuß. Er hat auch gleich einen Finanzierungsvorschlag. Da die beschlossene Anhebung der Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-PKW zu Mehreinnahmen der Länder in Höhe von 300 bis 400 Millionen DM führe, könnten diese ja leicht auf die Hälfte ihrer bisherigen Einnahmen aus der LKW-Steuer verzichten.

Bleibt nur noch zu fragen, wo bei so viel trauter Eintracht der Umweltschutz bleibt. Der jüngst erschienene Vierte Immissionsschutzbericht der Bundesregierung weist immerhin aus, daß 70,7 Prozent der Kohlenmonoxid-Emissionen und 52,2 Prozent der Emissionen an Stickstoffoxiden vom Straßenverkehr stammen. Wen soll es da noch wundern, daß das Waldsterben unvermindert weitergeht? Ähnlich ist es bei den nachweislich krebserregenden organischen Verbindungen. Auch hier liegt der Anteil des Straßenverkehrs an den Gesamtemissionen bei 49,1 Prozent. All dies spielt, wenn es ums Auto geht, offensichtlich keine Rolle.

(-/8.9.1988/vo-he/rs)

**DOKUMENTATION****Verfolgung der Nazi-Verbrecher kein Ruhmesblatt der Justiz**

Der Vorsitzende der Konferenz der Justizminister und -senatoren des Bundes und der Länder, Senator Volker Krönig, Senator für Justiz und Verfassung der Freien Hansestadt Bremen, hat anlässlich der Feierstunde zum 30jährigen Bestehen der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen am Donnerstag in Ludwigsburg folgendes Grußwort vorgetragen.

In der Zentralstelle würdigen wir eine Einrichtung unserer Justiz, die sich in ihrer fachlichen Arbeit einen ausgezeichneten Ruf erworben hat. Sie ist - international gesehen - wahrscheinlich die deutsche Justizbehörde mit dem größten Ansehen, weil sie sich um die Aufklärung von Verbrechen bemüht hat und bemüht, die - ich gebrauche einen Ausdruck aus dem Nürnberger Juristenurteil - das Weltgewissen empört haben und bis heute empören.

Es ist und bleibt das Verdienst der Zentralstelle, durch die Aufdeckung von Verbrechen und die Anklage der Täter einen wesentlichen Beitrag geleistet zu haben, daß wir unter der schweren Prüfung, ob wir den Opfern durch die Bestrafung der Verbrecher wenigstens posthum Gerechtigkeit haben widerfahren lassen, nicht mit ganz leeren Händen dastehen.

Dieses Verdienst ist schwer errungen, und niemand, der weiß, unter welchen Umständen es zustandegebracht wurde, wird der Zentralen Stelle den Vorwurf machen, sie habe zu wenig bewirkt. Ich ergreife ganz im Gegenteil die Gelegenheit, allen denen, die in den vergangenen drei Jahrzehnten in der Zentralen Stelle tätig waren, und allen gegenwärtigen Mitarbeitern im Namen der Justizminister und -senatoren der Länder meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen; stellvertretend für alle gedenke ich in Dankbarkeit des verstorbenen langjährigen Leiters Adalbert Rückert.

Doch danke ich auch an die andere Seite. Die Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ist kein Ruhmesblatt unserer Justiz. Sie ist ungeachtet vieler Erfolge mehr eine Geschichte der Mißerfolge. Ich meine, wir dürfen gerade bei einem Jubiläum nicht die bittere Erkenntnis verschweigen, daß die Bemühungen um die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen das Kennzeichen „zu wenig“ und „zu spät“ tragen. Ich betone: mit diesem Urteil meine ich ausdrücklich nicht die Arbeit der Zentralstelle. Es geht überhaupt nicht um Vorwürfe gegen jemanden. Mir kommt es darauf an, daß wir uns in dieser Stunde als Juristen gemeinsam Rechenschaft ablegen über unsere Art und Weise der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus.

Da gibt es viele dunkle Seiten. Es beginnt schon unmittelbar in der Nachkriegszeit, als nicht wenige Juristen sich zum Ziel machten, um keinen Preis „in der Vergangenheit zu wühlen“. Es geht weiter mit der lange währenden Tendenz, nationalsozialistische Gewaltverbrechen in die Kategorie im Grunde aus nicht unehrenhaften Motiven begangener Verbrechen einzuordnen und so zu privilegieren. Die dunklen Seiten setzen sich fort in nicht wenigen Gerichtsurteilen, die in einer aus heutiger Sicht geradezu skandalösen Weise versucht haben, nationalsozialistische Verbrecher, wenn nicht ganz frei zu sprechen, so doch mit milden Strafen zu belegen. Hinzu kommt die mehr als merkwürdige Art und Weise, in der westzonale Juristen mit den auf die Bestrafung der Verbrecher zielenden Vorschriften des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 umgegangen sind: das Kontrollratsgesetz 10 ist unter ihren Händen zu einer sehr zweischneidigen Waffe im Kampf um die Bestrafung großer und kleiner Handlanger des Nationalsozialismus gemacht worden.

Ohne unzulässige Verallgemeinerung muß gesagt werden: das Gesamtbild unserer gerichtsförmlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist bis weit in die 60er Jahre hinein vor dem Streben nach Verharmlosung und von geringer Aktivität gekennzeichnet. Für die, die sich der Aufgabe gestellt haben, war es eine Sisyphusarbeit, die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in Gang zu bringen. Stellvertretend für alle diejenigen, die sich dieser Arbeit unterzogen haben, nenne ich den verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der aus eigenem bitterem Erleben mit dem Nationalsozialismus genau wußte, um was er sich mühte.

Die Frage nach der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ist auch und in besonderem Maße eine Frage an die Justiz. Es ist allerdings eine sehr prekäre Frage. Denn die Justiz war in den Jahren des Dritten Reiches ein oft willfährig funktionierender Teil des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates, sie hat sich in leider gar nicht wenigen Fällen an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt, und gar nicht wenige Männer im Richtertalar haben sich selbst des Justizverbrechens schuldig gemacht. Die Lektüre des Nürnberger Juristenurteils vom Jahr 1947 belegt dies für einige Richter, Staatsanwälte und Ministerialbürokraten des Dritten Reiches exemplarisch.

Von Gustav Radbruch stammt das Wort, daß die Justiz der Nachkriegszeit ihren Willen zum Neubeginn auch durch die Art und Weise unter Beweis zu stellen habe, wie sie sich mit der Liquidierung der Erbschaft des Dritten Reiches befaße. So gesehen ist die Frage nach der Verfolgung von NS-Verbrechen auch die Frage nach der Grundhaltung der deutschen Justiz gegenüber ihrer eigenen Vergangenheit. Vor der Aufgabe, darauf Antwort zu geben, steht jede neue Generation. Wir kennen die Antworten, die unsere juristischen Väter gegeben haben. Sie bestanden überwiegend in Apologie, in Rechtfertigungslehren und in dem Versuch, die Schuld ihres Berufsstandes auf einige wenige Sündenböcke abzuladen. Diese Antworten waren und sind nicht akzeptabel.

Der Aufgabe, sich selbstkritisch und schonungslos mit der Vergangenheit unseres Faches und unserer Zunft zu befassen, hat sich jeder Jurist zu stellen. Sie gilt aber auch den Institutionen und denjenigen, die politisch Verantwortung für unsere Justiz tragen. Wir überlegen auch im Kreis der Justizminister und -senatoren, wie wir die Bemühungen um die Erforschung der NS-Justiz und ihres Beitrages zum Funktionieren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft voranbringen können, und wir unterstützen die Bemühungen des Herrn Bundesjustizministers auf diesem Gebiet nach Kräften.

Die Verfolgung der NS-Verbrecher wird durch Zeitablauf in nicht ferner Zukunft zum Ende kommen. Das wird jedoch nicht das Ende der Tätigkeit dieser Stelle sein. Das natürliche Ende der Täter von einst löscht ihre Taten nicht aus. Jede nachwachsende Generation hat die Pflicht, sich an diese Vergangenheit zu erinnern. Die Zentralstelle wird für ihren Aufgabenbereich die Erinnerung wachzuhalten haben, sie wird weiterhin der Forschung zu dienen und damit auch die Auseinandersetzung unserer Generation mit der deutschen Geschichte zu fördern haben. Nur wer weiß, von welchen Erfahrungen und Lehren aus die Väter und Mütter unserer Landesverfassungen und des Grundgesetzes die Dritte Gewalt gestärkt und sie gleichberechtigt neben Legislative und Exekutive gestellt haben, kann begreifen, was unsere Verfassung - deren 40. Jahrestag wir 1989 begehen werden - von unseren Richtern und Richterinnen verlangt, nicht nur in ihrer täglichen Praxis, sondern auch in dem Selbstverständnis, mit dem sie unserem Rechtsstaat dienen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihren Gesprächen in den nächsten Tagen einen reichen Ertrag. Möge sich die kritische Auseinandersetzung mit dem, was war, mit der Einsicht verbinden, daß die Behörde, deren Jubiläum wir feiern, noch eine wichtige Aufgabe für die Bewältigung unser aller Zukunft hat.

(-/8.9.1988/vo-he/rs)

\* \* \*